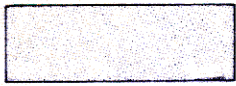


Aufgestellt nach Maßgabe des Bundesbaugesetzes -BBauG- und der Landesbauordnung für Baden-Württemberg -LBO- in der jeweils gültigen Fassung und der Baunutzungsverordnung -BauNVO- in der Fassung vom 15. September 1977.

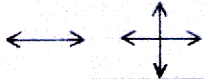
ZEICHENERKLÄRUNG (nach erweiterter Planzeichenvorordnung)



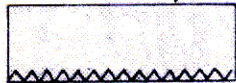
Allgemeines Wohngebiet nach § 4 BauNVO



Baugrenze nach § 23 (3) BauNVO



Firstrichtung nach § 9 (1) Nr. 2 BBauG (vgl. Textteil II.1)



Sichtflächen nach § 9 (1) Nr. 24 BBauG



Flächen für das Anpflanzen von Bäumen u. Sträuchern nach § 9 (1) Nr. 25 a BBauG. Anzahl u. endgültige Standorte werden mit Rücksicht auf die tatsächliche Grundstückerschließung u. Bebauung festgelegt



Fahrbahn nach § 9 (1) Nr. 11 BBauG

Gehweg nach § 9 (1) Nr. 11 BBauG



Mischfläche für Fahr- und Fußverkehr nach § 9 (1) Nr. 11 BBauG



Öffentliche Parkflächen nach § 9 (1) Nr. 11 BBauG



Mischfläche für Fahrrad- und Fußverkehr nach § 9 (1) Nr. 11 BBauG



Trafostation nach § 9 (1) Nr. 12 BBauG



Möglicher Standort für Straßenbeleuchtung nach § 9 (1) Nr. 12 BBauG



Gebietsunterteilung



Abgrenzung von Gebieten unterschiedlicher Festsetzung



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

Genehmigt

Regierungspräsidium Freiburg

Freiburg i.Br., den 10. Dez. 1980

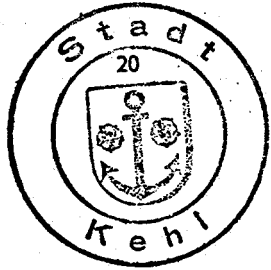


*Kemnitz*

Aufstellungsbeschuß durch Gemeinderat am 23. 08. 1978  
Bürgerbeteiligung am 12. 12. 1978 und am 13. 03. 1979  
Auslegungsbeschuß durch Gemeinderat am 23. 07. 1980  
öffentlich ausgelegen vom 05. 08. 1980 bis 05. 09. 1980  
Satzungsbeschuß durch Gemeinderat am 24. 09. 1980 (§ 10 BBauG)  
Genehmigt mit mit Erlaß Nr. 13/24/0217/428 vom 10. 12. 1980  
in Kraft getreten durch Bekanntmachung vom 21. 01. 1981 in der KEHLER ZEITUNG

Für die Stadt Kehl  
Der Oberbürgermeister

*(Handwritten signature)*  
( Proßdorf )



Kehl, den 26. 09. 1979 / HU  
Stadtbauamt - Planungsabteilung -

*(Handwritten signature)*  
( Bandilla )

TEXTTEIL

In Ergänzung zu den im Plan dargestellten Festsetzungen wird folgendes festgelegt:

1. Planungsrechtliche Festsetzungen nach § 2 (8) und § 9 BBauG sowie BauNVO

	G e b i e t		
		B	C
1. Art der baulichen Nutzung	Allgemeines Wohngebiet nach § 4 BauNVO		
2. Maß der baulichen Nutzung			
a) Zahl der Vollgeschosse nach § 17 (4) BauNVO		höchstens II	höchstens II
b) Höhe der baulichen Anlagen, gemessen von Oberkante Straßenmitte bis Oberkante First, nach § 16 (3) BauNVO Die Vorschriften der LBO (z.B. für Garagen) bleiben unberührt		max. 10,3 m mind. 6,8 m	max. 9,0 m mind. 5,5 m
c) Grundflächenzahl nach § 17 (1) i.V. mit § 19 BauNVO		0,3	0,3
d) Geschoßflächenzahl nach § 17 (1) i.V. mit § 19 BauNVO		0,6	0,6
3. Bauweise nach § 22 BauNVO	geschlossene	offene	offene
4. Verkehrsflächen nach § 9 (1) Nr. 11 BBauG	Die Mischflächen für Fahr- und Fußverkehr sind farb- oder materialmäßig von der sonstigen Fläche abzuheben. Im Bereich der Plätze bzw. Platzweiterungen ist eine Parkplatznutzung zulässig		

## II. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen nach § 111 LBO

---

	G e b i e t		
		B	C
1. Firstrichtung	sofern kein Planeinschrieb wahlweise parallel oder senkrecht zu der Erschließungsstraße		
2. Traufhöhe, gemessen von Oberkante Straße bis Schnittpunkt der Sparrenunterkante mit der Außenseite der Außenwand	max. 7,0 m mind. 5,5 m	max. 5,8 m mind. 3,8 m	max. 4,5 m mind. 3,0 m
3. Stauraum vor Garagen	Im Bereich des Platzes nord-östlich der Haupterschließungsstraße (Goethestr.) können die Garagen bis zu 1,0m Abstand an die öffentliche Fläche herangerückt werden. Sonstiger Abstand mind. 2,0m, bei Breite unter den Garagen mind. 5,0m und max. 7,5m		
4. Einfriedigungen	Entlang öffentlich befestigter Flächen ist vom Angrenzer spätestens vor Fertigstellung der öffentlichen Flächen eine durchgehende massive Fundamentierung (z.B. aus Stellplatten) anzubringen.		
5. Sichtflächen im Kreuzungs- bzw. Einmündungsbereich nach § 9 (1) Nr. 24 BBauG	Einfriedigungen und Bepflanzungen dürfen eine Höhe von 0,80 m über Oberkante Straßenmitte nicht überschreiten		

## III. Nachrichtlich übernommene Festsetzungen nach § 9 (6) BBauG

---

Die Satzungen über die Wasserversorgung, Entwässerung und Müllabfuhr sind zu beachten.

### 1. Änderung

Aufstellungsbeschuß durch Gemeinderat		am 17.12.1986
Bürgerbeteiligung öffentliche Darlegung	vom 09.03.1987	bis 20.03.1987
Auslegungsbeschuß durch Gemeinderat		am 13.05.1987
Öffentlich ausgelegt	vom 01.06.1987	bis 03.07.1987
Satzungsbeschuß durch Gemeinderat		am 02.09.1987
in Kraft getreten durch Bekanntmachung	vom 25.11.1987	in der Kehler Zeitung